

Vergabestelle

Kreisverwaltung Rhein-Hunsrück-Kreis  
Ludwigstraße 3 - 5  
55469 Simmern

Datum der Versendung 01.07.2026

Vergabeart

- ☒ Öffentliche Ausschreibung  
☐ Beschränkte Ausschreibung  
☐ Beschränkte Ausschreibung nach öffentlichem Teilnahmewettbewerb  
☐ Verhandlungsvergabe  
☐ Verhandlungsvergabe nach öffentlichem Teilnahmewettbewerb  
☐ Internationale NATO-Ausschreibung

Ablauf der Angebotsfrist

Datum 13.08.2026 Uhrzeit 09:00

Bindefrist endet am 25.09.2026

**Aufforderung zur Abgabe eines Angebots**

(Vergabeverfahren gemäß UVgO)

Bezeichnung der Leistung

Maßnahmennummer

Maßnahme

Rahmenvertrag zur Beschaffung von Dienstfahrrädern für die Kreisverwaltung Rhein-Hunsrück-Kreis

Vergabenummer

2026-033

Leistung

Leistungsgegenstand ist die Bereitstellung von Fahrrädern und Pedelecs (im Weiteren: Fahrräder) im Wege des Leasings (Teilamortisierungsleasing) gemäß TV-Fahrradleasing und § 2 Landesbesoldungsgesetz RLP zum Zwecke der Überlassung an Tarifbeschäftigte und verbeamtete Personen zur dienstlichen und privaten Nutzung einschließlich Versicherungs-, Schulungs- und Serviceleistungen (insbesondere Abwicklung der Bestell-, Rückgabe- und Schadenabwicklungsprozesse, Wartung und Reparatur, Störfallmanagement und Bereitstellung eines Online-Portals).

**Anlagen****A) die beim Bieter verbleiben und im Vergabeverfahren zu beachten sind**

CSX 43 - Zusammenstellung einzureichender Unterlagen.pdf

VVB 632 - Bewerbungsbedingungen fuer die Vergabe von Leistungen - UVgO 12-2017.docx

**B) die beim Bieter verbleiben und Vertragsbestandteil werden**

Bewerbungsbedingungen (1).pdf

Leistungsbeschreibung (1).pdf

VVB 244 - Datenverarbeitung 12-2017.docx

**C) die, soweit erforderlich, ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen sind**

231 Vereinbarung Tariftreue.pdf

232 Vereinbarung Tariftreue zwischen AN und NU.pdf

Anlage 01 TV Fahrradleasing.pdf

Anlage 02 Landesbesoldungsgesetz §\_2 LBesG.pdf

Anlage 03 Preisblatt.xlsx

Anlage 04 Technische Anforderungen Online Portal.docx

Anlage 05 KV Fachangebot.xlsx

Bewerbungsbedingungen.pdf  
 Eigenerklärung Russland Sanktionen.docx  
 Erklärung Arbeitnehmer Entsendegesetz.docx  
 Erklärung Gewährleistung Tariftreue und Mindestentgelt.docx  
 Leistungsbeschreibung.pdf  
 VVB 124\_LD - Eigenerklärung zur Eignung Liefer- \_Dienstleistungen 07-2019 - Fassung 2022.docx  
 VVB 233 - Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen 12-2017.docx  
 VVB 234 - Erklärung Bieter- \_Arbeitsgemeinschaft 12-2017.docx  
 VVB 235 - Verzeichnis der Leistungen\_Kapazitäten anderer Unternehmen 12-2017.docx  
 VVB 633 - Angebotsschreiben LD 07-2019.pdf

**D) die ausgefüllt auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle einzureichen sind**

VVB 236 - Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen 12-2017.docx

**1 Es ist beabsichtigt, die in beiliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen und für Rechnung**

E-Rechnung möglich:

Mail-Adresse: [rheinhunsrueck@poststelle.rlp.de](mailto:rheinhunsrueck@poststelle.rlp.de)

Leitweg-ID: 071400000000-001-55

Rhein-Hunsrück-Kreis  
 Vertreten durch den Landrat Volker Boch  
 Fachbereich 13  
 Herrn Braun  
 Ludwigstraße 3 - 5  
 55469 Simmern  
 zu vergeben.

**2 Kommunikation**

Die Kommunikation erfolgt elektronisch über die Vergabepattform

VMPCconnector: <https://www.dtv.de/Center>

**3 Unterlagen (Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise)**

Der Auftraggeber wird ab einer Auftragssumme von mehr als 30.000 € für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung (Angebotsschreiben Nummer 6) einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz anfordern.

**3.1 Folgende Unterlagen sind mit dem Angebot einzureichen:**

Bedingung an die Auftragsausführung

- Fakultative Ausschlussgründe § 124 GWB (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Erklärung, dass bei dem Unternehmen keiner der unter § 124 Absatz 1 Nummer 1 bis 9 GWB genannten fakultativen Ausschlussgründe vorliegt.
- Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Eigenerklärung entweder nach § 4 Absatz 1 des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz - LTTG), in seiner jeweils geltenden Fassung bei öffentlichen Aufträgen, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) vom 20. April 2009 (BGBl. I S. 799) in der jeweils geltenden Fassung erfasst werden oder nach § 4 Absatz 2 des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz - LTTG), in seiner jeweils geltenden Fassung bei allen anderen öffentlichen Auftragsvergaben, dass alle Bestimmungen des LTTG zur Kenntnis genommen wurden und eingehalten werden.  
(Alternativ z.B. durch Vorlage und Unterzeichnung der entsprechenden Erklärung 1 oder 3).
- Insolvenzverfahren (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Erklärung, dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren

weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich das Unternehmen nicht in Liquidation befindet. Sowie, dass kein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde

(Alternativ durch Vorlage und Unterzeichnung des entsprechenden Formblattes 124).

- Vertragsentwurf (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Wir bitten um Bereitstellung eines Vertragsentwurfs abgestimmt auf die Anforderungen der Leistungsbeschreibung.
- Zahlung von Steuern und Abgaben (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Erklärung, dass der Bieter seinen gesetzlichen Pflichten zur Zahlung der Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung nachkommt  
(Alternativ durch Vorlage und Unterzeichnung des entsprechenden Formblattes 124).
- Zwingende Ausschlussgründe § 123 GWB (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Erklärung, dass keine Person deren Verhalten nach § 123 Absatz 3 GWB dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach § 123 Absatz 1 GWB  
(Alternativ durch Vorlage und Unterzeichnung des entsprechenden Formblattes 124).

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

- Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Eigenerklärung, dass eine Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung mit den vereinbarten Deckungssummen vorliegt. Nachweis kann auch durch die Vorlage der Versicherungspolice in Kopie erfolgen.

### 3.2 Folgende Unterlagen sind auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen

keine

### 3.3 - frei -

## 4 Losweise Vergabe

☒ nein

☐ ja, Angebote sind möglich

☐ nur für ein Los

☐ für ein Los oder mehrere Lose

☐ nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)

☐ Beschränkung der Zahl der Lose, für die ein Bieter den Zuschlag erhalten kann

Höchstzahl: siehe Bekanntmachung bzw. Aufforderung zur Interessensbestätigung

Bedingungen zur Ermittlung derjenigen Lose, für die ein Bieter den Zuschlag erhält, falls sein Angebot in mehr Losen das wirtschaftlichste ist als der angegebenen Höchstzahl an Losen

## 5 Nebenangebote

5.1 ☒ Nebenangebote sind nicht zugelassen, Nummer 4 der Bewerbungsbedingungen gilt nicht.

5.2 ☐ Nebenangebote sind zugelassen (siehe auch Nummer 4 der Bewerbungsbedingungen) - ausgenommen Nebenangebote, die ausschließlich Preisnachlässe mit Bedingungen beinhalten -

☐ für die gesamte Leistung

☐ nur für nachfolgend genannte Bereiche:

☐ mit Ausnahme nachfolgend genannter Bereiche:

☐ unter folgenden weiteren Bedingungen:

☐ nur in Verbindung mit einem Hauptangebot

## 6 Angebotswertung

Kriterien für die Wertung der Haupt- und ggf. Nebenangebote

☐ Zuschlagskriterium Preis

Der Preis wird aus der Wertungssumme des Angebotes ermittelt.

Die Wertungssummen werden ermittelt aus den nachgerechneten Angebotssummen, insbesondere unter Berücksichtigung von Nachlässen.

☒ Mehrere Zuschlagskriterien gemäß Formblatt Zuschlagskriterien

## 7 Zugelassene Angebotsabgabe

☒ elektronisch in Textform.

☒ elektronisch mit fortgeschrittener/m Signatur/Siegel.

☒ elektronisch mit qualifizierter/m Signatur/Siegel.

☐ schriftlich.

Bei **elektronischer Angebotsübermittlung** in Textform muss der Bieter zu erkennen sein; falls vorgegeben, ist das Angebot mit der geforderten Signatur/dem geforderten Siegel zu versehen.

Das Angebot ist zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf der Angebotsfrist über die Vergabepattform der Vergabestelle zu übermitteln.

Bei **schriftlicher Angebotsabgabe** ist das beigefügte Angebotsschreiben zu unterzeichnen und zusammen mit den Anlagen in verschlossenem Umschlag bis zum Ablauf der Angebotsfrist an folgende Anschrift zu senden oder dort abzugeben:

☐ siehe Briefkopf

☐ Stelle:

## 8 Nachprüfungsstelle

## 9 Weitere Angaben

### Sonstiges

Bitte laden Sie alle Dateien/Angebotsunterlagen in einer Datei hoch.

Alle Unterlagen, die der Ausschreibung beigefügt sind, gelten verbindlich für das Ausschreibungsverfahren und das anschließende Vertragsverhältnis.

Die Unterlagen sind zu prüfen. Unklarheiten sind innerhalb der Fragefrist an die Vergabestelle zu richten.

Es gilt die VOL/B in der zur Zeit der Auftragserteilung gültigen Fassung.

### Vertragsstrafe LTTG:

Um die Einhaltung der Verpflichtungen nach den §§ 3 bis 6 LTTG zu sichern, wird für jeden schuldhaften Verstoß eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 % des Auftragswertes vereinbart; bei mehreren Verstößen darf die Summe der Vertragsstrafen 10 % des Auftragswertes nicht überschreiten. Das beauftragte Unternehmen ist zur Zahlung der Vertragsstrafe auch für den Fall verpflichtet, wenn der Verstoß durch ein Nachunternehmen begangen wird und das beauftragte Unternehmen den Verstoß kannte oder kennen muss.

Ist die Vertragsstrafe unverhältnismäßig hoch, so kann sie von dem öffentlichen Auftraggeber auf Antrag des beauftragten Unternehmens auf den angemessenen Betrag herabgesetzt werden. Dieser kann beim Dreifachen des Betrages liegen, den der Auftragnehmer durch den Verstoß gegen die Tariftreuepflicht eingespart hat.

Es wird vereinbart, dass bei mindestens grob fahrlässiger und oder erheblicher Nichterfüllung einer Verpflichtung nach den §§ 3 bis 6 LTTG durch das beauftragte Unternehmen der öffentliche Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist.

Der öffentliche Auftraggeber ist berechtigt, dass beauftragte Unternehmen oder ein Nachunternehmen bei mindestens grob fahrlässig oder mehrfachen Verstößen gegen Verpflichtungen des LTTG für die Dauer von drei Jahren von seinen öffentlichen Auftragsvergaben ausschließen.